

**Verantwortung tragen – das Richtige tun:  
Wirtschaftswende starten,  
Mittelstand stärken,  
Strukturwandel generationengerecht gestalten.**

*Beschluss des Landesausschusses der CDU Saar am 4. März 2024*

Deutschland steckt in der Krise. Beim Wirtschaftswachstum sind wir inzwischen Schlusslicht in der Europäischen Union. Doch die Bundesregierung beschreibt allenfalls die Probleme, liefert aber keine Lösungen. Reine Situationsbeschreibungen führen jedoch nicht zur notwendigen Wachstums- und Wirtschaftswende. Es gibt kein Erkenntnisproblem – mit der Ampel-Koalition hat Deutschland jedoch ein eklatantes Umsetzungsproblem.

Die Ampel muss endlich raus aus dem Dauerstreit und rein ins Handeln. Deutschland braucht eine große Reformagenda, um ein führendes Industrieland in Europa und der Welt zu bleiben und auch künftig auf Augenhöhe mit den anderen globalen Wirtschaftsmächten zu bestehen. Nur dann besteht eine Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und einen erfolgreichen Strukturwandel hier bei uns im Saarland.

Hinzukommt, dass es auch der SPD-Alleinregierung im Saarland an Professionalität, Kompetenz und Entscheidungsstärke in zentralen wirtschaftspolitischen Fragen mangelt: Mit dem Transformationsfonds riskiert sie einen „Teufelskreis der Überschuldung“, so der Landesrechnungshof, gleichzeitig kommen die zentralen industriellen Strukturwandelprojekte viel zu langsam voran; das Schulbauprogramm hat bislang keine Investitionen ausgelöst, sondern droht als bürokratischer Rohrkrepierer zu enden; mit ihrer Ansiedlungsplanung hat die SPD eine vorausschauende Flächenplanung verschlafen.

Als CDU Saar stehen wir bereit, in diesen schwierigen Zeiten Verantwortung für unser Land zu tragen. Wir wollen den „saarländischen Weg“ fortsetzen, auf dem im vergangenen Jahrzehnt vieles in unserem Land gelungen ist: von der nachhaltigen Konsolidierung der Landesfinanzen, dem Erfolg bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und Finanzminister Stephan Toscani bis zur historischen Teilentschuldung unserer Kommunen mit dem Saarland-Pakt, dem größten kommunalen Unterstützungsprogramm in der Geschichte des Saarlandes.

Damit das Saarland auch in Zukunft ein starker Wirtschafts- und Arbeitsstandort ist, brauchen wir endlich eine Wirtschaftspolitik, die die Unternehmen fördert, statt immer weiter zu belasten, und eine Finanzpolitik, die die notwendigen Investitionen nachhaltig und generationengerecht ermöglicht.

## **1. Die zentralen Strukturwandelprojekte nachhaltig und generationengerecht fördern**

- Wir haben heute große Herausforderungen zu lösen, aber wir müssen darauf achten, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch handlungsfähig sind. Auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten können Krisen kommen, auch dann muss das Saarland noch handlungsfähig sein. Deshalb müssen wir seriös mit den Finanzen unseres Bundeslandes umgehen. Als CDU Saar stehen wir für eine solide und generationengerechte Haushaltspolitik – das ist unser Versprechen an die Saarländerinnen und Saarländer.
- Mit den Ansiedlungen von Wolfspeed und SVolt sowie der Ford-Nachfolge und der Umstellung auf grünen Stahl haben wir im Saarland vier zentrale Strukturwandelprojekte, die zeitgleich umzusetzen und fast zeitgleich zu finanzieren sind. Dies schaffen wir nicht allein aus dem laufenden Haushalt, sondern müssen sie mit Krediten finanzieren und dafür von der Ausnahme Gebrauch machen, die die Schuldenbremse vorsieht. Grüner Stahl, SVolt und Wolfspeed sind alles Projekte, die CDU-geführte Landesregierungen auf den Weg gebracht haben. Deshalb stehen wir als CDU Saar weiterhin für eine Umsetzung dieser Projekte.
- Allerdings: Wir sind überzeugt, dass für die Finanzierung des Strukturwandels gut 1 Milliarde Euro an Notlagekrediten ausreicht, zumal auch für 2023 erneut Haushaltsüberschüsse zu erwarten sind. Bis zu 3 Milliarden Euro Landesverschuldung, wie die SPD will, sind viel zu viel. Deshalb muss der sogenannte Transformationsfonds kürzer, kompakter und konkreter werden: Die Finanzierung über Notlagekredite muss deutlich niedriger ausfallen, also kompakter. Die Laufzeit muss wesentlich kürzer werden und die Projekte müssen abschließend und konkret benannt werden. Der Transformationsfonds muss den verfassungsrechtlichen Anforderungen, die insbesondere durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 konkretisiert worden sind, gerecht werden.

- Der Veranlassungszusammenhang zwischen Notlagekrediten und geförderten Projekten muss zum Schutz nachfolgender Generationen sichergestellt sein.
- Dafür haben wir der Ministerpräsidentin und der SPD eine Verantwortungspartnerschaft angeboten. Bei aller Skepsis gegenüber der SPD-Haushaltspolitik stehen wir als CDU in diesen schwierigen Zeiten bereit, um die zentralen Strukturwandelprojekte für unser Land solide abzusichern. Derzeit befinden sich die Spitzen von CDU Saar und SPD Saar in ernsthaften Gesprächen, um Schnittmengen auszuloten und, wenn möglich, eine gemeinsame Übereinkunft im Interesse des Saarlandes zu finden. Wir als CDU Saar wollen, dass diese Gespräche gelingen, um dadurch die Finanzierung der zentralen Strukturwandelprojekte auf eine bessere Grundlage zu stellen. Gleichzeitig fordern wir die CDU-Landtagsfraktion auf, die Umsetzung dieser Projekte durch die Landesregierung in den parlamentarischen Gremien weiter genau zu überwachen. Unser erklärtes Ziel ist eine politische Lösung für eine deutlich kompaktere, konkretere und kürzere Aufnahme von Notlagekrediten. Sollte die SPD-Landesregierung hierzu jedoch nicht bereit sein, ist eine rechtliche Überprüfung für uns als CDU Saar eine Option, sofern nach einschlägiger juristischer Bewertung hinreichende Aussicht auf Erfolg besteht.
- Das Saarland mit seiner deutschlandweit einzigartigen Branchenkonzentration in der Automobilbranche und dem Metallgewerbe einschließlich Stahl ist wie kein anderes Bundesland von dem notwendigen Umbau seiner Industrie hin zur Klimaneutralität betroffen. Die These der Landesregierung, wonach das Saarland ein „Lackmusstest für das Gelingen der Transformation in ganz Deutschland“ ist und insoweit eine Aufgabe von nationalem Interesse, ist daher zutreffend. In der Konsequenz muss daraus aber auch eine stärkere, überproportionale Unterstützung des Bundes für den saarländischen Strukturwandel folgen, analog zu den Milliarden-Hilfen für die Braunkohleregionen. Wir fordern die SPD-Alleinregierung auf, sich gegenüber dem Bund für eine stärkere Unterstützung des Saarlandes einzusetzen.
- Die Ampel-Bundesregierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt. Wir brauchen dringend eine Kehrtwende und eine Offensive für neue Wirtschafts- und Innovationskraft. Diese würde sich auch finanzpolitisch auswirken: Ein Wachstum in Deutschland wie der

Durchschnitt der Eurozonen-Länder hätte Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro im Bundeshaushalt durch Steuern und Abgaben zur Folge.

## **2. Die industrielle Basis sichern**

- Die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere im Bereich der Industrie mit Stahl, Automobil und Maschinenbau zählt zu den tragenden Säulen der Saarwirtschaft. Gerade auch im Bereich der nachgelagerten Dienstleistungen und der Zuliefererketten hängen viele Arbeitsplätze von ihrem Erfolg ab. Mit großer Sorge beobachten wir, dass die zentralen industriellen Strukturwandelmaßnahmen unter der politischen Steuerung der SPD zunehmend ins Stocken geraten.
- Der Erhalt der saarländischen Stahlindustrie ist ein zentrales politisches Ziel. CO<sub>2</sub>-arm produzierter Stahl wird in Deutschland aber nur eine Chance haben, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Grundvoraussetzungen hierfür sind insbesondere ein massiver Ausbau CO<sub>2</sub>-armer Stromerzeugung, des Stromnetzes und der Speicherkapazitäten – auch als Basis für die notwendige Wasserstoff-Produktion. Die Umstellung auf grünen Stahl kann nur mit einer verlässlichen, wettbewerbsfähigen und planbaren Stromversorgung gelingen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Blockade bei der wirtschaftlichen Nutzung von Wasserstoff aus Kernkraft-Strom für deutsche Unternehmen aufzugeben. Andernfalls setzt sie leichtfertig und aus rein ideologischen Gründen auch das Gelingen der Umstellung auf grünen Stahl im Saarland aufs Spiel.

Hinsichtlich einer Nachfolgelösung für das Ford-Gelände einschließlich Zulieferpark in Saarlouis musste die Landesregierung nach fast zwei Jahren jetzt ihr unprofessionelles Handeln selbst eingestehen. Es gibt keinen Investor aus der Automobilindustrie, der in Saarlouis die klassische Fahrzeugproduktion fortführt. Dass sie ihre selbst gesetzten Ziele mehrfach gerissen hat, ist ein echtes Debakel. Anstatt immer wieder Hoffnungen zu schüren und dann wieder zu enttäuschen, muss die Landesregierung einen klaren Schnitt machen und ein tragfähiges Zukunftskonzept für das Ford-Gelände entwickeln und dieses konsequent verfolgen.

### **3. Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung – Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik zusammen denken**

- Für uns als CDU Saar steht fest, dass eine starke Wirtschaft und nachhaltiger Klimaschutz keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Wir sind überzeugt: Der Schlüssel für mehr Klimaschutz liegt vor allem in Innovationen und neuen Technologien – und nicht in Verboten. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung als marktwirtschaftliches Instrument ist für uns das zentrale Steuerinstrument, um die Klimaziele zu erreichen – flankiert um einen funktionierenden sozialen Ausgleich, z.B. durch das Klimageld, sowie um wirksame und verlässliche Förderprogramme.
- Das Verbot des Verbrennungsmotors, das auf europäischer Ebene mit Unterstützung der Ampel-Bundesregierung beschlossen wurde, ist falsch und muss zurückgenommen werden. Es gefährdet massiv die herausragende Stellung des Saarlandes unter den europäischen Automobilstandorten. Dabei sind moderne Verbrennungsmotoren eine deutsche Spitzentechnologie mit Zukunft – es wäre fahrlässig, diese Technologie sehenden Auges in andere Regionen der Welt abwandern zu lassen.
- Strom in Deutschland und speziell im Saarland ist zu teuer. Der Industriestrompreis ist um ein Vielfaches höher als in anderen Ländern. Das behindert und bedroht zunehmend unseren Wirtschaftsstandort. Wegen dieser Planungsunsicherheit werden größere Investitionen zurückgestellt oder schon jetzt ins Ausland verlagert. Hinzukommt, dass der Strombedarf auch im privaten Bereich durch E-Autos und Wärmepumpen weiter steigt; der steigende Energiebedarf und die hohen Energiekosten reduzieren die Kaufkraft privater Haushalte und wirken sich damit negativ auf die Wirtschaft aus.
- Wenn die Transformation der Industrie gelingen soll, müssen die Energiekosten runter. Wir fordern deshalb, die Stromsteuer generell und dauerhaft auf das europäische Minimum abzusenken (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte schnellstmöglich zu halbieren.
- Neben bezahlbaren Strompreisen brauchen wir eine sichere Energieversorgung – rund um die Uhr, das ganze Jahr. Ein Risiko von Blackouts oder Brownouts aufgrund grüner Ideologien kann sich Deutschland nicht leisten. Vor diesem Hintergrund halten wir es für eine große, verantwortungslose Fehlentscheidung der roten Ampel, die Kernkraftwerke abzuschalten. Neben dem konsequenten und beschleunigten Ausbau

der Erneuerbaren Energien würde die weitere Nutzung der Kernenergie in Deutschland die Energieversorgung stabilisieren und die Abhängigkeit von ausländischen Importen verringern.

- Wasserstoff ist ein entscheidendes Bindeglied auf dem Weg zu einem klimaschonenden Wirtschaftsstandort. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, zeitnah sicherzustellen, dass das Saarland bis 2027 die bis dahin wirtschaftlich notwendige Wasserstoff-Versorgung erhält und so schnell wie möglich an das nationale und europäische Wasserstoffnetz angeschlossen wird.

#### **4. Den Mittelstand stärker fördern und unterstützen**

- Trotz der herausragenden Bedeutung des Industriesektors für den Wirtschaftsstandort Saarland ist die Landesregierung viel zu einseitig auf die Großindustrie fixiert. Die SPD agiert hier zu strukturkonservativ. Sie müsste sich stattdessen viel stärker dafür einsetzen, um die kleinen Unternehmen, den Mittelstand, das Handwerk und die Familienunternehmen zu fördern und zu unterstützen.
- Der Mittelstand ist das Rückgrat der Saarwirtschaft, er macht den Großteil der Arbeitsplätze in unserem Land aus. Er übernimmt auch im Bereich der Ausbildung eine unverzichtbare Funktion zur Fachkräftesicherung; zudem ist er Innovationstreiber in vielen Bereichen. Doch die Belastungen durch Bürokratie, Steuern und Sozialabgaben sowie hohe Energiepreise schränken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen massiv ein, während sie zugleich weitere Herausforderungen wie Fachkräftemangel oder Digitalisierung zu bewältigen haben.
- Wir fordern die SPD-Landesregierung auf, sich – auch gegenüber dem Bund – für wirksame Sofortmaßnahmen einzusetzen, damit unsere Wirtschaft schnell aus der Rezession herausfindet. Wir brauchen dringend ein Entlastungspaket für unsere Unternehmen: Energiepreise runter, Sozialabgaben-Deckel bei 40 Prozent, steuerliche Begünstigung von Überstunden sowie steuerfreies Arbeitseinkommen für Rentner bis 2.000 Euro pro Monat sind erste Schritte. Die Steuerbelastungen für Unternehmen müssen zudem auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau angepasst werden. Das EU-Lieferkettengesetz muss gestoppt und überarbeitet werden, damit deutsche Unternehmen nicht für schlechte Arbeitsbedingungen irgendwo auf der Welt haften.

Die geplanten Steuererhöhungen für die Landwirtschaft müssen zurückgenommen werden.

- Beim Industrie- und Gewerbeflächen-Management hat es das Wirtschaftsministerium in den letzten gut zehn Jahren unter SPD-Verantwortung versäumt, eine vorausschauende Ansiedlungsflächenpolitik zu betreiben. Durch dieses Versäumnis sind vermeidbare Probleme bei der Suche nach geeigneten Flächen für Neuansiedlungen entstanden. Auch in der Landesplanung setzt sich der ansiedlungshemmende Kurs der SPD fort. Wir fordern die Landesregierung auf, zu einer konstruktiven Landesentwicklungsplanung zu finden und ihren aktuellen Kurs der Verhinderungsplanung zu verlassen.

### **„Initiative Mittelstand und Innovation“**

- Die Wirtschaft des Saarlandes war bis in die 70er Jahre geprägt durch große Industrieunternehmen. In der folgenden wirtschaftlichen Umbruchzeit sind zunehmend mittelständische Unternehmen in den Markt eingetreten. Diese haben sich als elementarer Teil der saarländischen Wirtschaft etabliert und sorgen für ein solides Arbeitsplatzangebot für die saarländische Bevölkerung.
- Eine erfolgreiche Transformation unserer Wirtschaft an der Saar heißt, eine aktive Förderung des Mittelstands und deren innovationsstarken Unternehmerinnen und Unternehmern.
- Die CDU in ihrem Selbstverständnis als Partei der sozialen Marktwirtschaft setzt sich zum Ziel, die Mittelstandsindustrie (u. a. Technologie, Handwerk und Landwirtschaft) nachhaltig zu stärken.
- Die für eine erfolgreiche Arbeit des Mittelstandes notwendigen Voraussetzungen umfassen nicht nur die Themen Steuern und Finanzen, sondern auch eine Reform des Bildungswesens. Die Kernkompetenzen in Deutsch und Mathematik müssen in allen Schulformen deutlich gestärkt werden, damit die Ausbildungs- und Studierfähigkeit zukünftiger saarländischer Arbeitskräfte gewährleistet ist.
- Gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften wollen wir den bereits eingeschlagenen Weg mit Unternehmensbesuchen, Zuhörtouren und Dialogforen weiterführen und ausbauen. In den kommenden Monaten wird es bei der CDU Saar einen Schwerpunkt „Mittelstand“ geben, bei dem es zahlreiche Veranstaltungen und Kommunikationsformate geben wird.

## 5. Saarländische Innovationspotenziale besser nutzen

- Die IHK-Prognose zum CISPA, die regionalwirtschaftlichen Effekte von rund 270 Millionen Euro jährlich ab dem Jahr 2030 durch das Institut vorhersagt, setzt ein dickes Ausrufezeichen hinter die große Chance, die die saarländische Exzellenz bei Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz für den Strukturwandel unseres Landes ist. Anhand solcher Leuchttürme mit globaler Strahlkraft zeigt sich immer mehr, wie hoch das Innovations- und Wachstumspotenzial in diesem Bereich ist. Dies unterstreicht auch, wie wichtig und richtig die innovationspolitischen Weichenstellungen der früheren CDU-geführten Landesregierungen waren. Dass sich die wissenschaftliche Exzellenz der Saar-Informatik bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Skizzenauswahl der Exzellenzcluster nicht durchsetzen konnte, verlangt einen schonungslosen Aufarbeitungsprozess, den die Landesregierung aktiv begleiten muss. Gleichzeitig muss sie Perspektiven aufzeigen, um die zweifelsohne vorhandene Exzellenz der Informatik an der Universität weiter zu stärken.
- Neben Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz verfügt das Saarland auch über exzellente wissenschaftliche Expertise im Bereich Biotech. Das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS) mit seinen modernen Ansätzen der synthetischen und naturstoffbasierten Wirkstoffforschung mit innovativen Wirkstofftransport-Strategien ist ein weiterer wissenschaftlicher Leuchtturm. Es steht beispielhaft für das große Potenzial der zahlreichen Forschungsexzellenzen an der Universität des Saarlandes, der htw saar und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- Auch Start-ups spielen für den Strukturwandel bis hin zur Klimaneutralität eine wichtige Rolle. Die Start-ups von heute sind der Mittelstand von morgen – wenn sie passgenau gefördert werden. Für ein Land, das kaum über Rohstoffe verfügt und dessen Wohlstand auf Erfindergeist und Fleiß basiert, ist dies besonders wichtig. Jedoch stellen die bestehenden Finanzierungsangebote des Landes zu wenig Risikokapital bereit und gehen deshalb oft an dem tatsächlichen Bedarf von Gründerinnen und Gründern vorbei. Deshalb braucht das Saarland dringend einen klaren, strategisch fokussierten Ansatz speziell für Start-ups. Wir bekräftigen daher unsere Forderung für einen saarländischen Startup-Fonds, der mit insgesamt 100 Millionen Euro an Landesmitteln (4 Jahre à 25 Mio. € aus dem Kernhaushalt) ausgestattet sowie zusätzlich für private Anleger geöffnet wird. Ein Euro Landesgeld kann potenziell vier Euro an privatem Geld anstoßen. Damit bietet ein solcher Anschub durch das Land das Potenzial, bis zu 500 Millionen Euro für



ein lebendiges Gründer-Ökosystem zur Verfügung zu stellen. Um das saarländische Gründungspotenzial zu einem wesentlichen Faktor bei der Bewältigung des Strukturwandels und zur Diversifizierung der saarländischen Wirtschaftsstruktur zu nutzen, braucht es endlich eine echte Start-up-Strategie, die diesen Namen auch verdient.

## **6. Umfassende Arbeitskräfte-Offensive starten**

- Ein ganz entscheidender Faktor für den Erfolg des Wirtschafts- und Industriestandortes Saarland sind die Beschäftigten. Sie sind stolz, hier zu arbeiten. Sie legen sich jeden Tag aufs Neue ins Zeug, damit es hier vorangeht. Sie sind flexibel, wenn es sein muss. Und sie nehmen auch mal Einschnitte in Kauf, wenn es nicht anders geht. Um diesen starken Faktor für die Zukunft zu erhalten, braucht das Saarland eine Arbeitskräfte-Offensive, die wirkt und die dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Wir können uns keine zusätzliche Fachkräfteknappheit leisten, deshalb ist die Aus- und Weiterbildung eines unserer Zukunftsthemen.
- Beim Thema Arbeitskräftemangel müssen wir viel stärker die Potenziale nutzen, die wir schon in unserem Land haben. Wir haben in Deutschland fast vier Millionen Bürgergeld-Empfänger, die erwerbsfähig sind. Hier müssen wir die Anreize dringend stärken, eine Arbeit aufzunehmen. Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten. Deshalb braucht es strengere Sanktionen, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird. Mittelfristig muss das Bürgergeld in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Es muss wieder stärker das Prinzip „Fördern und Fordern“ gelten – das ist echte soziale Gerechtigkeit. Wir fordern dazu eine schärfere Unterscheidung zwischen beitragsfinanzierten Versicherungsleistungen und steuerfinanzierten Sozialleistungen. Wer lange Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat und dann arbeitslos wird, der bekommt Arbeitslosengeld – eine Versicherungsleistung, die er selbst aufgebaut hat. Deshalb wollen wir das Arbeitslosengeld für ältere langjährig Versicherte, die unverschuldet arbeitslos werden, erhöhen. Das ist ein Baustein eines besseren, gerechteren Systems zum Ampel-Bürgergeld. Außerdem bekennen wir uns zum Passiv-Aktiv-Transfer und wollen, dass Wege in Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert werden. Wir fordern daher, dass der Passiv-Aktiv-Transfer gestärkt wird.

- Außerdem fordern wir die Bundes- und die Landesregierung auf, ihre Kürzungen bei der Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeit zurückzunehmen; hierzu fordern wir insbesondere eine Erhöhung der Bundesmittel sowie auch der seit Jahren eingefrorenen Mittel des Programms „ASaar“.
- Bei der Erwerbstätigkeit von Frauen liegt das Saarland deutlich unter dem Bundesschnitt. Deshalb fordern wir einen beschleunigten Ausbau qualifizierter und verlässlicher Kinderbetreuung sowie effizientere Qualifizierungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg.
- Immer weniger junge Menschen in Deutschland schaffen einen formalen Bildungsabschluss; immer weniger Kinder in Deutschland können richtig Deutsch sprechen, lesen und schreiben. Hier müssen wir viel stärker ansetzen – im Interesse jedes einzelnen Kindes, das richtig gefördert, aber auch gefordert werden muss, und im Ergebnis auch im Interesse von uns allen. Wir müssen schon in den frühen Altersstufen mehr machen: Wer in die Schule kommt, muss Deutsch können, und wer die Grundschule verlässt, muss lesen, schreiben und rechnen können. Dafür brauchen wir vor allem eine bessere Sprachförderung. Gerade hier im Saarland müssen wir uns viel stärker auf die Stellschrauben konzentrieren, die wir selbst bestimmen können. Diese gibt es gerade in der Bildungspolitik.
- Angesichts der Bevölkerungsentwicklung wissen wir, dass dies ohne Fachkräfte aus dem Ausland nicht zu schaffen ist. Deshalb müssen die Bedingungen verbessert werden, damit gesuchte Fachkräfte einfacher aus dem Ausland zu uns kommen können. Doch viele der internationalen Talente werden durch die bürokratischen Prozesse in Deutschland zunehmend abgeschreckt. Wir fordern deshalb, die Fachkräfte-Einwanderung formal klar zu trennen von der Einwanderung aufgrund von Flucht, insbesondere bei den bürokratischen Verfahren. Wir fordern eine eigene Fachkräfte-Einwanderungsagentur, die sich gezielt um die Einwanderung ausländischer Fachkräfte kümmert und die alle behördlichen Verfahren aus einem Guss umsetzt, am besten weitgehend digital.
- Wir fordern ein echtes „Welcome Center“ für Führungskräfte von außerhalb –und keine dilettantischen Einzelmaßnahmen wie das „Tiny House“ der SPD-Landesregierung. Wir wollen, dass Führungskräfte von außerhalb systematisch bei der Anwerbung und beim

Onboarding unterstützt und individuell betreut werden, damit sie sich bewusst gerne für das Saarland als Arbeits- und Lebensort entscheiden.

## **7. Bürokratie und Überregulierung endlich beherzt abbauen**

- Bei Bürokratie und Regulierung muss gelten: So wenig wie möglich und nur so viel wie unbedingt nötig. Die Ampel-Regierung überreguliert die Wirtschaft und das Leben der Bürgerinnen und Bürger und schafft immer neue Bürokratie. Auch die SPD-Alleinregierung im Saarland ist mit dem Bildungsfreistellungsgesetz in der von der Landesregierung vorgelegten Fassung oder dem Schulbauprogramm auf dem falschen Weg.
- Wir fordern einen umfassenden Bürokratieabbau: Kurzfristig ist bis Ende 2025 ein Belastungsmoratorium nötig, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch neue belastende Gesetze und andere Regelungen stoppt. Außerdem muss der mit den Ländern vereinbarte Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung schnellstens auch gesetzlich umgesetzt und verabschiedet werden.
- Wir fordern einen echten Paradigmenwechsel mit einer Genehmigungsfiktion bei Planungs- und Genehmigungsverfahren: Wenn ein genehmigungsfähiges unternehmerisches Vorhaben nach drei Monaten nicht von den zuständigen staatlichen Behörden beschieden worden ist, so gilt es als genehmigt. Eine solche Genehmigungsfiktion fordern wir auch im Baurecht für den privaten und gewerblichen Wohnungsbau, damit der Wohnungsbau schneller aus der Krise herauskommt.